

Berliner Börsen-Beitung.

Berlin, Freitag,
Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:
Bietelsjährlich
für Berlin 7 Mk., 50 Pf. ohne Postenlohn,
für ganz Deutschland 9 Mk.,
Oesterreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland
4 Rub. 55 Kop., Holland 7 Hl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika ufm. Kreuzband
Sendung 20 Mk. für das Bietelsjahr.

Bestellungen werden angenommen
für England in London bei
Hug. Single 20 Sims Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegraph-Adresse:
Börsenkrone.

Bestellungen werden angenommen
bei allen
Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Insertions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 50 Pf.
Reklameteil 1 Mk.

Fernsprecher:
Am I. Nr. 243.

Vom Tage.

Der Bundesrat stimmte gestern den Entwürfen eines Arbeitskammer- und eines Hausarbeitsgesetzes zu.

Der Budgetausschuß der französischen Kammer bewilligte 2 Millionen Francs zur Errichtung eines 800 Mann starken Bataillons schwarzer Truppen in Algerien.

Nachrichten aus London zufolge ist hinsichtlich der Abtretung unter den Bergleuten in Northumberland nicht zu erwarten, daß sich die für den Streik erforderliche Zweidrittelmajorität ergeben wird.

Die Bank von Frankreich bewilligte dem französischen Staatsschatz einen zinsfreien Vorstoß von 100 Millionen Francs gegen fünfjährige Schatzpseine.

Die Wahldebatte im Abgeordnetenhaus.

Aus den Tagen des Directoire stammt der Ausruf eines gewissen Franzosen, daß nicht nur der Barometerstand, sondern auch die Politik vom Wetter abhängig sei. Wenn dieses in jenen etwas bewegten Zeiten den Nagel auf den Kopf treffende Wort heute, was das politische Geschäft sich in der Hauptsache ein petit comité abwickelt, viel von seiner Geltung eingebüßt hat, so gilt es doch noch nach wie vor für die „Politik der Straße“, die nimmerdings auch in Preußens-Deutschland, wie in den romantischen Ländern, den Platz an der Sonne beansprucht. Und da hatte denn der Wettergott gestern ein Einsehen und sandte unangenehm klingende Schnee aus den Wolken herab, und so geschah es, daß aus den insgeheim geplanten Wahlrechtskundgebungen der Genossen vor dem preussischen Hause der Gemeinen nichts wurde. Ein starkes Schugmannsangebot stand für alle Fälle in Bereitschaft, aber um nicht unnötiges Aufsehen zu erregen, hatte man die bedeutenden Hüter der öffentlichen Ordnung nicht auf der Straße, sondern in den Vorlokalen der Umgebung des Abgeordnetenhauses kantoniert. Und sie brauchten auch nicht in Aktion zu treten, denn die wenigen Blaurocke, die den offiziellen Dienst vor den Toren des Volksvertretungspalastes versehen, genügten vollst, die paar Duzend besonders eifrigen Befehrer der sozialdemokratischen Lehre, die sich mit Demonstrationen tragen mochten, in Schach zu halten. Es war den Schönen der heiligen Hermandad ein leichtes, im glücklichen Zufall das halbe Duzend sensationellbedürftiger Genossen von dem Wert eines behaglicheren Aufenthalts, als ihn der schnee- und regenfeuchte Platz vor der zweiten Kammer bot, zu überzeugen, und nichts ereignete sich, was einer Demonstration auch nur entfernt ähnlich gesehen hätte.

Herr v. Weichmann wurde so mit dem Empfang verfehlt, der seinerzeit seinem Amtsvorgänger widerfuhr, als er zur Verantwortung der Wahlrechtsinterpellationen der Einiken die preussische Landstube betreten wollte. Desto gräßlicher wurde dem Ministerpräsidenten mitgespielt, als er im hohen Hause erschien. Saal und Tribünen waren dicht besetzt, und alle Welt hatte des großen Moments, da der Leiter der preussischen Politik zu der Kardinalfrage der politischen Gegenwart das Wort ergreifen sollte. Am Ministerische sah man neben dem Präsidenten des Staatsministeriums und den beiden Ministern, die mit ihm die Wahlrechtsvorlage verantwortllich gezeichnet hatten, Herrn von Falkenhahn, den Mentor des künftigen Preußenkönigs bei dessen „praktischem Jahre“ im Verwaltungsministerium. Und es erregte einiges Aufsehen, als der simple Geheimrat allem bürokratischen Brauch zuwider, seinen Platz nicht an der Reine der Ministerreihe, sondern zwischen Herrn

von Nolte und Herrn Bessler einnahm. Was das zu bedeuten hatte, erfuhr man nicht; vielleicht sollte damit eine neuartige Ehrgang des Mannes, in dem man den Vater der Wahlreformvorlage sehen darf, ausgedrückt werden. Einstweilen aber kam es noch nicht zu dem erwarteten „Glor“ des Tages, dem Geleitwort des Ministerpräsidenten für die Wahlreform. Herr Stroffer von den Konserverativen stand bereits lange vor der Eröffnung der Sitzung harrend am Präsidialstuhl, und vor dem Eintritt in die Tagesordnung ließ er sich mit einer Erklärung zur Affäre Schönebeck vernehmen, die gut und gern die Vertagung bis zur Fortsetzung der Justizdebatte betragen hätte. Aber es handelte sich bei dem schlesischen Major um den Point d'honneur, und da schien ihm offenbar Gefahr im Verzuge zu liegen.

Nun endlich kam die Wahlreform an die Reihe und Herr v. Weichmann Holtweg erhielt das Wort. Ruhig erhob sich des Ministerpräsidenten hagere Gestalt. Aber noch ehe ein Wort von seinen Lippen gefallen war, erscholl aus dem äußersten linken Flügel ein ohrenbetäubendes Pfäuten. Mit einem Schläge war der parlamentarische Skandal fertig. Während die Genossen, ihrer Sinne aus Selbstbestätigen „Aui“ brüllten, erhob sich auf der Rechten und dem Centrum eine nicht minder lärmende Antwort. „Aufel!“, „Aua!“, „Lernen Sie sich anständig betragen!“ riefen sonst ganz ruhige Leute in heller Empörung über diese im preussischen Parlament bis dato unerhörte sozialdemokratische Gesinnungseinstellung. Ein paar Minuten dauerte der Lärm, und erst nach geraumer Zeit schaffte die kräftig geschwungene Glöck des Herrn Vorich Stille.

Mit sonnabendender Stimme gab der sonst so joviale Abgeordnete seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß ihm keine Hilfsmittel zu Gebote ständen, dieses unqualifizierbare Verhalten der fünf Genossen gebührend zu ahnden. Dann endlich konnte der Ministerpräsident sich an das Haus wenden. Was wie der Rast an der Wand vor Erregung, lehnte Herr v. Weichmann an seinem Tisch. Aber nichts in den ersten Worten seiner Rede verriet seine Empörung über die ihm widerfahrende Beleidigung. Es waren Betrachtungen ziemlich allgemeiner Natur, mit denen der Ministerpräsident dem hohen Hause die Wahlreform mündgerecht zu machen suchte. Und in solchen allgemeinen Betrachtungen ist der philosophische Kopf Weichmann ja anerkanntermaßen Meister. Den Hauptwert legte er darauf, den bürgerlichen Parteien zu Gemüte zu führen, daß sie sich bei seiner Reform besser ständen als bei der Verwirklichung der weitergehenden Wünsche, die von links und aus dem Centrum geäußert waren. Dem gemäßigten Liberalismus gab Herr v. Weichmann die Versicherung, die Präponderanz der Konserverativen im Staatsleben sei lediglich eine Fiktion, und die entschiedenen Liberalen suchte er von der Forderung des Reichswahlrechts durch den Hinweis abzubringen, daß sie damit nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen würden. Kern und Stern der Rede des Ministerpräsidenten war die Verteidigung der öffentlichen Wahl. Neues vermochte er hier freilich nicht vorzubringen, und er beschränkte sich damit, in den Geleisen Treitschke'scher Politik sich zu bewegen. Es fehlte nicht an geistreichen Wendungen und klugen Worten in dieser Rede, aber es fehlte in ihr an der überzeugenden Kraft einer fest gegründeten Überzeugung des Sprechers, die allein auch auf anders denkende Hörer Wirkung erzielen kann. So ging denn die fünfviertelstündige Rede des Leiters der preussischen Angelegenheiten ohne eine andere als eine ätherische Wirkung vorüber, und sie hätte vielleicht noch weniger Eindruck gemacht, wenn die Sozialdemokraten nicht durch wiederholte Zwischenrufe Herrn von Weichmann Gelegenheit gegeben hätten, sie aus dem Stegreif witzig zu apostrophieren. Wenn eine Partei, so hätte die Konserverative mit dem Gedankengang des Ministerpräsidenten zufrieden

sein können. Aber ihr Sprecher, Freiherr v. Nichte, hofen, verhielt sich im großen und ganzen ziemlich abweisend gegen das Reformwerk der Regierung. Und besonders war es ein Punkt der Vorlage, der auch im liberalen Lager erheblichen Widerstand begegnet, der die Kritik des konserverativen Parteirebners herausforderte: die Bevorzugung der Weantien im Wahlrecht. Daß auch die Vereitigung der indirekten Wahl nicht den Beifall der Rechten hat, versteht sich von selbst. Immerhin glaubt die Rechte ein Nein ebensovonig sprechen zu dürfen wie ein Ja, und diplomatisch erklärte ihr Sprecher die Vereitigung der äußeren Rechten zu sachlicher Prüfung der Reform.

Büßig ablehnend verhielten sich die Freisinnigen, denen jede Wahlreform ohne die geheime Wahl naturgemäß unannehmbar ist. Der greise Träger begründete den Standpunkt seiner Freunde in einer ausführlichen und ausgezeichneten Rede, die die Mängel und die Ungültigkeit des Regierungsentwurfs scharf beleuchtete. Die maßvolle, sachliche und dabei stellenweise von überlegenem Humor gewürzte Rede des alten Freisinnskämpfers hatte das hohe Haus ungewöhnlich gefesselt, und es war gewiß kein leichtes Stück Arbeit, nach dieser wohl abgerundeten Darlegung liberaler Wahlrechtsansprüngen mit der annähernd gleichen Melodie beim Hause williges Gehör zu finden. Dieses Kunststück brachte der Nationalliberale Schiffer fertig. Nur in einem Punkte unterscheidet sich die Haltung der Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage von der der Freisinnigen: die Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen, an der der Freisinn festhält, wird von den Nationalliberalen nach wie vor von der Hand gewiesen. In allen übrigen Stücken gehen beide liberale Gruppen vollkommen Hand in Hand, und es war geradezu erstaunlich, wie der nationalliberale Sprecher es verstand, dieses gemeinsame Wahlrechtsprogramm zu erörtern, ohne auch nur ein Tütelchen von dem zu wiederholen, was Abgeordneter Träger vor ihm geäußert. Herr Schiffer ist immer ein guter Parlamentssprecher gewesen, und der große Moment der Wahlrechtsdebatte, den er selbst als einen Marstein in der politischen Geschichte Preußens ansprechen zu dürfen glaubte, fand ihn seiner Aufgabe völlig gewachsen. Träger's und Schiffer's schneidige Attacken gegen Rechte, Regierung und Sozialdemokraten waren das Ereignis des Tages, und unter dem Einbruch dieser beiden ausgezeichneten Kritiken des jetzigen und des künftigen Wahlrechts vertagte sich das hohe Haus früher, als es sonst Brauch ist. Heute geht die Debatte weiter, und sie verspricht der stürmischen Momente nicht zu wenig.

Telegramme.

Budapest, 10. Februar. (E. T. C.) Bei der Erjagwahl zum Abgeordnetenhaus im Wahlbezirk Szeged wurde Handelsminister Hieronymi gewählt. In einem Begrüßungstelegramm der Wählerchaft an den Minister heißt es: Wir wollten durch diese Wahl die Stimme gegen den unfruchtbaren und traurigen Zustand erheben, welcher jede produktive Arbeit unmöglich macht und die friedliche nationale Entwicklung schwer bedroht.

Osna, 10. Februar. (E. T. C.) Erste Kammer. In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über den angeblich vom Deutschen Kaiser an die Königin gerichteten Brief fortgesetzt, der die Drohung enthalten haben soll, der Deutsche Kaiser müßte niederländisches Gebiet belegen, wenn nicht die Niederlande ihre Verteidigungsmittel gegen England in Stand setzen würden. Der Minister des Meisters erklärte kategorisch und unter Berufung auf seine ministerielle Verantwortlichkeit, die Königin habe niemals einen solchen Brief, noch ein Telegramm, noch eine Note, noch irgend ein anderes Schriftstück betreffend die Verteidigungsmittel gegen England erhalten, sie habe niemals eine Unterredung über dies Thema mit dem Deutschen Kaiser gehabt, und niemals sei jemand im Auftrage des Deutschen